



An die
17 Stuttgarter Umweltgruppen

Hausadresse:
Rathaus, Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Postadresse:
70161 Stuttgart

Telefon (07 11) 2 16-0
Fax (07 11) 2 16-60 686
E-Mail ob.buero@stuttgart.de

GZ: OB

21. Mai 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben zum Thema Klimanotstand. Lassen Sie mich kurz den bisherigen Verlauf in den gemeinderätlichen Gremien darstellen. Hierzu kursieren einige unkorrekte Darstellungen.

Im Verwaltungsausschuss am 8. Mai 2019 wurden sowohl der Antrag 131/2019 der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS „Klimanotstand ausrufen“, als auch die Anträge 139/2019 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen „Wir in Stuttgart unterstützen das Pariser Klimaabkommen und die Kattowitzer Umsetzungsbeschlüsse“ und 159/2019 der SPD-Gemeinderatsfraktion „Über die Klimawende nicht nur reden, sondern die Wärmewende in Stuttgart auch machen“ aufgerufen.

Der Ausschuss hat nach ausführlicher Beratung mit großer Mehrheit beschlossen, diese Anträge als eingebracht anzusehen und die Verwaltung beauftragt noch vor der Sommerpause im Ausschuss für Umwelt und Technik das Thema Klimaschutz auf die Tagesordnung zu nehmen. Gleichzeitig hat sowohl der Oberbürgermeister als auch der Ausschuss formuliert, wie das Thema Klimaschutz in dieser Sitzung zu behandeln sein wird.

Die Verwaltung wird ein Klimaschutzpaket mit konkreten Maßnahmen zur schnelleren Umsetzung der Klimaschutzziele der Landeshauptstadt Stuttgart erarbeitet. Das Maßnahmenpaket soll mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen Ende des Jahres konkrete finanzielle oder personelle Bedarfe aufzeigen.

Dies zeigt deutlich, dass nicht nur dem Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung, sondern auch einer sehr großen Mehrheit des Gemeinderats das Thema Klimaschutz und insbesondere die Umsetzung konkreter Maßnahmen wichtig sind. Es ist weiterhin vorgesehen, die verschiedenen Interessengruppen, die schon heute über den „Masterplan 100 % Klimaschutz“ mit an dem Thema arbeiten, mit in die weiteren Schritte und Maßnahmen einzubinden.

Wenn Sie sich den Beschluss der Stadt Konstanz zum Klimanotstand genau anschauen, wurde die dortige Verwaltung beauftragt, zahlreiche Maßnahmen zu prüfen, die einer beschleunigten Umsetzung der Klimaschutzziele dienen sollen. Dabei geht es u. a. um Maßnahmen wie ein Mobilitätsmanagement für die Gesamtstadt, ein Energiemanagement für die städtischen Gebäude oder die Erhöhung der Sanierungsrate im Stadtgebiet.

Ich darf deutlich sagen: die Stadt Stuttgart ist bei all diesen Themen wesentlich weiter und bereits mitten in der Umsetzung konkreter Maßnahmen zum Klimaschutz. Mit dem „Energiekonzept – Urbanisierung der Energiewende“ und dem Konzept „Nachhaltig Mobil in Stuttgart“ setzt die Stadt bereits heute schon Maßnahmen um, die Konstanz erst noch prüfen will.

So gibt es für große Teile der städtischen Liegenschaften seit langem ein Energiemanagement. Auch wurde die Sanierungsquote in der Gesamtstadt in den letzten Jahren zusammen mit dem EBZ (Energieberatungszentrum Stuttgart) auf aktuell 1,5 % erhöht, deutschlandweit liegt der Durchschnitt bei 1%.

Das Stuttgarter stadtinterne Contracting ist ein Erfolgsmodell. So wird gerade die neue Sporthalle auf der Waldau mit Hilfe des stadtinternen Contracting als Plusenergiegebäude geplant und gebaut und durch ein Nahwärmenetz mit dem bestehenden Eisportzentrum verbunden. Im Olgaareal wird eine dezentrale Energieversorgung über ein BHKW durch die Stadtwerke Stuttgart (SWS) umgesetzt. Der Neckarpark – eine der größten Entwicklungsflächen der Stadt – wird über ein Nahwärmenetz, welches Energie aus dem Abwasser gewinnt, mit Wärme versorgt werden. Für das Areal Bürgerhospital ist ebenfalls mit den SWS ein ambitioniertes Energiekonzept mit einem Nahwärmenetz in der Planung. Der Energiestandard für städtische Neubauten bzw. auf städtischen Grundstücken liegt seit vielen Jahren deutlich über dem aktuell geltenden Standard der Energieeinsparverordnung (EnEV). Die Liegenschaften der Stadtverwaltung werden seit 2012 nur noch mit Ökostrom versorgt, auch die Stadtbahnen der SSB fahren ebenfalls mit 100 % Ökostrom.

Auch aufgrund all dieser Maßnahmen ist bereits heute das Ziel erfüllt, bis 2020 20% CO₂ gegenüber 1990 einzusparen. Die Bilanz für 2017 weist hier eine Einsparung von 31 % aus.

Der Verwaltungsausschuss hat nun mehrheitlich die Verwaltung beauftragt, angesichts der Klimakrise und einer neuen Intensität der Diskussion zu diesem Thema, weitergehende Maßnahmen vorzuschlagen. Dies ist auch ein Erfolg der Fridays for Future-Demos auf dem Marktplatz. Alle Fraktionen des Gemeinderats sind dazu aufgefordert, zum Thema Klimaschutz aktiv Stellung zu nehmen und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Neben dieser inhaltlichen Stellungnahme gibt es auch formale Gründe dafür, die eine erneute Aufnahme auf die Tagesordnung des Gemeinderats am 23. Mai 2019 ausschließen.

Zwar steht einer Fraktion nach § 34 Abs. 1 Satz 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) das Recht zu einem Verhandlungsgegenstand auf die spätestens übernächste Sitzung setzen zu lassen. Dieses Recht wird jedoch durch die Regelung des § 34 Abs. 1 Satz 6 GemO eingeschränkt, wonach der Anspruch auf Behand-

lung dann ausgeschlossen ist, wenn der Gegenstand innerhalb der letzten sechs Monate bereits behandelt wurde.

Der Verwaltungsausschuss hat am 8. Mai 2019 sowohl den Antrag 131/2019, als auch die Anträge 138/2019 und 159/2019 aufgerufen und beraten. Insofern liegt eine Behandlung vor, die vor Ablauf von sechs Monaten eine Sperrwirkung statuiert

Die Verwaltung wird diese Regelung nicht aufweichen, da Entscheidungen des Gemeinderats auch Konsequenz und Bindungskraft haben müssen.

Sie können versichert sein, dass die Stadt Stuttgart das Thema Klimaschutz sehr ernst nimmt. Allein aufgrund der topographischen Lage unserer Stadt, haben wir seit Jahren ein besonderes Augenmerk auf Klimaanpassungsstrategien und der ganz konkreten Minderung der Stuttgarter CO₂-Emissionen. Wenn sich die Stadt Stuttgart der Initiative „Klimanotstand ausrufen“ anschließen würde, dann sollte sie konkret mitbeschließen, was sie ganz konkret und zusätzlich tun wird, um adäquat auf die Erfordernisse des Klimaschutzes zu reagieren.

Mit freundlichen Grüßen



Fritz Kuhn